



Foto: Wolfgang Borts

Ohne Otfried Nassauer über Waffen zu reden ist möglich, aber sinnlos

Viele Jahre hatte Otfried Nassauer sein Büro, sein Archiv, sein Wissenszentrum in einer der schönsten Straßen von Berlin-Prenzlauer Berg. Und dort konnte man ihn treffen im Café nebenan. Unentwegt rauchend parlierte er wie auf Knopfdruck über die jeweils jüngste Umdrehung der Rüstungsbeschaffungsdebatte, der Afghanistan-Debatte, eigentlich jedweder Debatte aus dem Bereich Krieg und Frieden.

Ein amüsiertes Kichern aus seinem Bartgestrüpp begleitete seine Ausführungen meistens: freundlicher Unglaube darüber, was alles schon wieder in der öffentlichen Diskussion richtigzustellen war. In den Räumen des BITS, seines Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit, bogen sich die Regale unter den Aktenordnern. Wie gut, dass Otfried alles im Kopf zu haben schien, was dort abgeheftet war. Man mochte die prekäre Balance der Papierberge nicht gefährden.

Irgendwann mussten er und seine wenigen ebenfalls so entgegenkommenden Mitarbeiter raus, Otfried fasste den Plan, das ganze Zeug zu einem aufgelassenen sowjetischen Militärflugplatz im Brandenburgischen zu verfrachten. Was daraus geworden ist, dazu hätte man ihn rechtzeitig befragen müssen. Denn am Samstag erreichte uns die Nachricht, er sei gestorben, schon vor wenigen Tagen, mit 64 Jahren und sowieso viel zu früh.

Otfried Nassauer, der einmal Theologie studiert hatte, war ein Unikum, ein Einzelwesen. Einer der wenigen, die fanden, dass man sich mit dem Militär schon auch befassen muss, wenn man das Militär effektiv kritisieren will – so wie eben auch AtomkraftgegnerInnen viel über Atomkraft wissen sollten, wenn sie ernst genommen werden wollen.

Nur bei Krieg und Frieden meinen speziell die deutschen Linken und Linksliberalen ja seit jeher, es reiche für die politische Auseinandersetzung vollkommen, „für den Frieden“ zu sein, und dass man den Krieg womöglich dadurch aus der Welt bekomme, dass man sich mit seinen Mitteln am besten gar nicht beschäftige. Otfried aber kannte nicht nur jeden und jede zwischen Los Angeles und Moskau, die über Expertise in Rüstungsfragen verfügten, er kannte auch jede verdammte Schraube an den Kampfdrohnen, die die Bundeswehr beschaffen wollte, an den U-Booten, die nach Israel geliefert wurden, an den Leopard-Panzern, die Saudi-Arabien von Krauss-Maffei Wegmann kaufen wollte. Noch vor wenigen Tagen sollte er bei der DFG/VK in Hannover bei einer Diskussionsveranstaltung über die „nukleare Teilhabe“ Auskunft geben, also die potenzielle deutsche Mitwirkung in einem Krieg mit US-amerikanischen Atomwaffen.

In der taz hat er teils als Autor geschrieben, teils wurde er als Experte auch befragt und zitiert – ein journalistisch manchmal etwas schwieriger Rollenwechsel, aber andere Medien machten es genauso, er war eben unersetzlich. Regelmäßig und besonders umfassend hat er in der Sendung „Streitkräfte und Strategien“ des NDR publiziert. Möge er in Frieden ruhen.

Ulrike Winkelmann

taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innenansichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegeltes Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. taz.de/blogs/hausblog

Premier Sánchez lässt Madrid abriegeln

Coronafälle in Spaniens Hauptstadt steigen über kritische Grenze. Aber die konservative Lokalregierung zieht gegen die Einschränkungen vor Gericht

Aus Madrid Reiner Wandler

Leere Bahnhöfe und kaum Autos in der Madrider Innenstadt: Die wenigen Menschen, die am Wochenende die spanische Hauptstadt verlassen, haben alle einen triftigen Grund und können dies mit einem Dokument belegen. Arbeit, Ausbildung, Trauerfeier für einen Angehörigen, Rückreise an den üblichen Wohnort sind solche Anlässe. Die restliche Bevölkerung darf seit Freitagabend, 22 Uhr nicht mehr aus der Stadt. Und Besucher von außerhalb dürfen nur aus wichtigem Grund hinein.

Außerdem dürfen an privaten Treffen nicht mehr als 6 Personen teilnehmen. Kultstätten, Restaurants und Wettbüros müssen ihre Plätze auf die Hälfte reduzieren. Sperrstunden und Ladenschluss wurden vorverlegt.

Neben der spanischen Hauptstadt betreffen diese Maßnahmen des spanischen Gesundheitsministers Salvador Illa neun weitere Gemeinden in der Region Madrid. Zwar dürfen die 4,8 Millionen Betroffenen sich innerhalb ihrer Orte bewegen, aber Illa empfiehlt, „unnötige Ortswechsel zu vermeiden“.

Die Anordnung aus dem Gesundheitsministerium richtet sich an spanische Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern, in denen in den letzten 14 Tagen mehr als 500 Neuin-

fektionen pro 100.000 Einwohner registriert wurden, mindestens 10 Prozent der Covid-Tests positiv ausfallen und 35 Prozent der Intensivbetten bereits belegt sind. Die Einschränkungen, die mehrheitlich von einem Treffen der Regionalregierungen abgesegnet wurde, gelten erst einmal zwei Wochen.

Nirgends in Europa steigt die Zahl der Infektionen so schnell wie in Spaniens Hauptstadt und ihrem Umland. In den letzten 14 Tagen waren es in der Region 648 neue Fälle pro 100.000 Einwohner. Ein Fünftel aller Coronatests fällt positiv aus, mehr als 40 Prozent der Intensivbetten sind schon wieder mit Covid-Patienten belegt. Rund ein Drittel der knapp 790.000 spanischen Covid-Fälle und 9.473 der über 32.000 Toten stammen aus der Region Madrid. 45 Wohngebiete sind bereits vor den neuen Maßnahmen unter einem Lockdown.

Auf den Ausfallstraßen der eingeschlossenen Gemeinden kontrolliert die Polizei. Doch bisher werden bei Verstoß keine Bußgelder verhängt. Denn die Regionalregierung Madrids, eine Koalition aus der konservativen Partido Popular (PP) und den Rechtsliberalen Ciudadanos (Cs), die von der rechtsextremen VOX unterstützt wird, hat Klage eingereicht.

Regierungschefin Isabel Díaz Ayuso sieht in den Maßnahmen eine „Ein-

mischung in die Zuständigkeiten“ ihrer Regierung und befürchtet, „schweren wirtschaftlichen Schaden“. Die Klage wurde angenommen. In spätestens zwei Wochen muss ein Urteil ergehen. VOX dauert dies zu lange. Die Partei zog am Wochenende mit einem Eilantrag auf eine einstweilige Verfügung gegen die Einschränkungen vor Gericht. Bis Dienstag haben die Richter für ihr Urteil Zeit.

Die Klage Ayusos ist der einstweilige Höhepunkt eines Politikspektakels. Sie nutzt die Pandemie für einen harten Konfrontationskurs mit der spanischen Linkregierung unter Pedro Sánchez. Erst handelte Ayuso mit Sánchez ein gemeinsames Vorgehen aus, um wenige Stunden später alles wieder platzen zu lassen. Dann verlangte Ayuso gleiche Maßnahmen für ganz Spanien. Als diese ausgearbeitet wurden, sicherte Ayuso ihre Unterstützung zu – um dann auf der Konferenz der Regionalregierungen dagegen zu stimmen.

Mittlerweile zeichnen sich erste Risse innerhalb der Regionalregierung ab. „Die Einigkeit aller Institutionen ist der richtige Weg, um das Virus zu besiegen“, mahnte der regionale Sozialminister Alberto Reyero am Freitag und legte sein Amt nieder. Die Opposition überlegt derweilen, ein Misstrauensvotum gegen Ayuso einzuleiten.

Heil will Recht auf Homeoffice

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will einen Rechtsanspruch auf mindestens 24 Tage Homeoffice im Jahr schaffen. Das sagte er der *Bild am Sonntag*. Wenn beide Eltern einen Beruf haben, in dem mobiles Arbeiten machbar ist, könne nach seinem Vorschlag jede Woche abwechselnd ein Elternteil einen Tag von zu Hause arbeiten.

Die 24 Tage möchte Heil als Untergrenze verstanden wissen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber könnten sich darüber hinaus individuell in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen auf mehr Heimarbeit verständigen, sagte er. „Auch im Homeoffice muss Irgendwann Feierabend sein“, stellte Heil klar. Bei dem mobilen Arbeiten solle zudem der Weg vom Homeof-

fice zur Kita oder Schule über die gesetzliche Unfallversicherung abgedeckt sein.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Weiß, wies die Pläne zurück. Den Grünen hingegen ist der vorgeschlagene Mindestanspruch von 24 Tagen zu wenig. (epd)

meinung + diskussion 12

Die Bildergeschichte Revolution statt Ruhestand (1/5)



Minsk, am 10. September. Jan Gryb, 85, steht vor seinem Wohnblock. Der frühere Lehrer sagt, er hoffe, dass er noch am Leben ist, wenn Lukaschenko abdankt. Nach seiner Meinung sollte dieser Tag ein Nationalfeiertag werden. Gryb meint, dass die Belaruss:innen zu lange zu viel Geduld mit ihrem Präsidenten gehabt hätten. Foto: ap

taz sachen

Draußen vor der Tür

„Sorry, Simone, will dich nicht stören, aber: Ich stehe vor dem Haus und komme nicht mehr rein.“ So in etwa klang der Hilferuf des Kollegen Johannes Drowsowski am Samstagabend. Was war passiert? Johannes war im taz-Haus, er hatte Spätdienst als CvD, das heißt, er bestückte die taz.de-Seite bis zum Abend mit frischen Texten. Irgendwann hatte er Hunger und holte sich was zu essen. Aber nun kam er nicht mehr ins Haus. Die Schlüsselkarte, mit der wir – insbesondere am Wochenende – das Haus betreten, reagierte nicht. Kein Klick, kein Klack, die Tür blieb zu. Draußen Johannes, drin sein Rucksack, sein Wohnungsschlüssel – und die taz.de-Seite, die auf eine Aktualisierung wartete. Was also tun an einem Tag wie diesem? Einheitsfeiern allerorten, die meisten Kolleg:innen unterwegs, nur wenige erreichbar. „Johannes, Geduld, Geduld, wir schaffen das.“ Wie gut, dass Johannes – nahezu nie – verzweifelt. Und seinen Tabak glücklicherweise in der Hosentasche hatte.

Irgendwann riefen fast alle Angerufenen zurück, halfen mit Tipps und unauffindbaren Telefonnummern. Knut Böhme, der Kollege von der EDV, der so alles zur taz-Technik weiß, knippte hier, knippte dort, hatte am Ende die zündende Idee – und siehe da, Johannes kam wieder rein. Wie genau, wird hier natürlich nicht verraten.

Unterdessen war Leonie Gubela, die Kollegin, mit der Johannes bis zum Nachmittag gemeinsam Dienst hatte, zu Hause eingesprungen und bestückte nun taz.de – obwohl sie längst Feierabend hatte. Wenn das mal keine gute Einheitsbotschaft ist ...

Simone Schmollack